

Die Regierung macht bei der Rentenreform neue Zugeständnisse, ein erster Gewerkschaftsbund schwankt, aber der Bahnstreik wird zumindest die Feiertage überdauern ó Der Ausgang der öffentlichen Meinungsschlacht zwischen Macron und den Gewerkschaften bleibt weiterhin ungewiss

AUS PARIS
DANNY LEDER

Bald sind es drei Wochen, dass Streiks gegen eine Rentenreform die französische Bahn und die Pariser Öffis weitgehend lahmlegen. Nach unsäglichen Qualen für die Masse der Pendler vor allem im Großraum Paris ist jetzt auch der lang ersehnte Weihnachtsurlaub für einen gehörigen Teil der Bahnkunden entweder komplett im Eimer oder mit komplizierten Umbuchungen, ungewissen Umsteige-Varianten und erschöpfenden Verlängerung der Reisezeit verbunden.

Und trotzdem hat die Staatsspitze um Präsident Emmanuel Macron noch immer nicht die Oberhoheit in der Öffentlichkeit und in der Bevölkerung errungen. Laut Umfrage bekannten zuletzt noch 54 Prozent ihre Unterstützung für den Streik. Im Gewühl der geplagten Pariser Metro-Benützer brechen oft Streitereien aus, lautes Schimpfen auf die Streikenden ist aber eine Seltenheit. Bei Nachfrage halten sich Schuldzuweisungen gegenüber den Gewerkschaften und der Regierung die Waage.

Am Donnerstag versammelte Premier Edouard Philippe die Sozialpartner, und machte wesentliche Zugeständnisse an den gemäßigeren Teil der französischen Gewerkschaften. Die Rentenreform, bei der die 42 verschiedenen Pensionskassen Frankreichs durch ein gemeinsames System ersetzt werden soll, will Philippe mit Begleitmaßnahmen schmackhaft machen: so soll der Schwerarbeiter-Status und die damit verbundenen Pensions-Begünstigungen wesentlich mehr Arbeitnehmer als bisher umfassen. Die bereits angekündigte universelle Mindestrente wird erhöht.

Die Sonderpensions-Systeme, die es noch einer Minderheit der Eisenbahner und Bediensteten der Pariser Verkehrsbetriebe ermöglichen im Alter zwischen 52 und 57 Jahren in den Ruhestand zu treten, sollen nicht brutal abgeschafft werden: ihre Angleichung an die allgemeinen Rentenbestimmungen soll weiter aufgeschoben und für nachrückende Generationen durch Pensionserhöhungen ausgeglichen werden.

Damit konnte die Regierung die Streikfront bei der Bahn erstmals aufbrechen: noch am Donnerstag verkündete einer der Gewerkschaftsbünde (es gibt deren sieben in Frankreich), der bei den Lokführern und der Pariser Metro stark vertreten ist, eine Streikpause. Ein weiterer moderater Gewerkschaftsverband würdigte das Entgegenkommen der Regierung, stemmt sich aber weiterhin gegen die beabsichtigte Anhebung des Rentenalters für eine Vollpension von derzeit 62 Jahren (nach 42 vollen Beitragsjahren) auf 64 Jahre ó obwohl der Premier auch diesbezüglich Verhandlungsbereitschaft signalisierte.

Aber drei weitere Gewerkschaftsbünde, die bei den Eisenbahnern dominieren, haben die Ankündigungen des Regierungschefs als nicht konkret verworfen und beharren auf einer vollständigen Annullierung des Reformprojekts. Sie werden über die Feiertage Bahn und Öffis weiterhin bestreiken. Sie haben auch bereits für den 9. Jänner zu landesweiten Demos und einem Ausstand sämtlicher Branchen zwecks Unterstützung der Eisenbahner aufgerufen. Obendrein haben radikale Gewerkschafter der Energiewirtschaft Schaltzentralen gestürmt und die Stromzufuhr ganzer Viertel in wichtigen Provinzstädten stundenweise unterbrochen.

Viele Arbeitnehmer der Privatwirtschaft, die trotz solchen Ungemachs mit den Streikenden der Öffis sympathisieren, erklären sinngemäß, sie würden an deren Stelle ebenso handeln. Der öffentliche Dienst habe eine Vorreiterrolle bei sozialen Errungenschaften. Die öffentlich Bediensteten seien auch die einzigen, die noch in der Lage wären, Maßnahmen der Regierung abzuwehren, die für alle Arbeitnehmer unheilvoll wären.

Denn das ist inzwischen eine weit verbreitete und fest verankerte Überzeugung, die von den meisten Gewerkschaftern, allen linken Politikern und sogar der Nationalistin Marine Le Pen laufend bekräftigt wird: alle Reformen, die Präsident Emmanuel Macron anstrebe, wären Mogelpackungen, nur dazu gedacht, die Umverteilung zugunsten der Reichen und Konzerne voranzutreiben.

Bei der Rentenreform kommt dazu, dass die Regierungsseite inzwischen nur mehr bedingt auf die einstigen europäischen Vorbilder verweisen kann: in Deutschland etwa sind laut Eurostat 18,7 Prozent der Rentner armutsgefährdet, in Frankreich bloß 7,3 Prozent. Deshalb müssen Minister jetzt in TV-Diskussionen beteuern, sie würden keinesfalls dem deutschen Modell nacheifern. Bei den Berufskategorien, die einen starken körperlichen Verschleiß erleiden, wirken die aus dem EU-Ausland herüberdringenden Diskussionen über die laufende Anhebung des Rentenalters wie ein Angstbeschleuniger. Macron hat die öffentliche Schlacht mit den Streikenden noch nicht gewonnen.